

Staat hält an Abschreibungspolitik fest

Der Kanton Freiburg amortisiert seine **Bauwerke** schneller, als er eigentlich müsste. Über die Abschreibungspolitik könnte die Regierung die Staatsrechnung kurzfristig entlasten, so der Tenor eines Postulats. Der Staatsrat will aber nichts von einem Systemwechsel wissen.

URS HAENNI

«Ich habe mich zuerst leicht genervt», bekannte der Freiburger Finanzdirektor Georges Godel (CVP) gestern an der Grossratssitzung. Er hatte auf ein Postulat von Antoinette de Weck (FDP, Freiburg) und Markus Bapst (CVP, Dürren) einen Bericht zu verfassen, welcher das Amortisationssystem des Kantons begründen sollte. «Ich merkte aber, dass es die Möglichkeit gibt, einiges zu erklären.»

De Weck und Bapst hatten nämlich in ihrem Vorstoss erkannt, dass Freiburg eine sehr restriktive Abschreibungspolitik verfolgt. Der Kanton Freiburg wendet ein degressives System an. Das heisst, dass Investitionen in den ersten Jahren forciert abgeschrieben werden und mit zunehmender Dauer die Abschreibungslast abnimmt. Zudem gibt sich Freiburg kurze Amortisationsfristen und einen höheren Selbstfinanzierungsgrad, als die Schweizer Finanzdirektorenkonferenz empfiehlt.

Druck wegnehmen?

FDP-Grossrätin Antoinette de Weck sieht bei den Amortisationen «eine restriktive Politik, die gar nicht notwendig ist». Sie fragte: «Warum soll die Poya-Brücke in 20 Jahren amortisiert werden, wenn sie noch in 50 Jahren stehen wird?»

Indem der Kanton schnell grosse Beiträge abschreibt, verschärft dies den Druck auf die laufende Rechnung, erlaubt dafür aber wieder neue Investitionen. Doch genau das sei die Politik, welche die Regierung bewusst anstrebt, sagte Georges Godel: «Wir könnten mit tieferen Abschreibun-



«Warum die Poya-Brücke in 20 Jahren amortisieren, wenn sie noch in 50 Jahren steht?», fragt sich Antoinette de Weck. Bild Vincent Murith/ra

gen schon 50 Millionen Franken freistellen, das würde das Problem aber nur nach hinten verschieben. Irgendeinmal müssen wir amortisieren.»

Unterstützt wurde Georges Godel in seiner Haltung unter anderem von Michel Losey (SVP, Sévaz), Präsident der Geschäftsprüfungskommission: «Ein Systemwechsel bei den Abschreibungen ist ein grundsätzliches Thema. Aber es würde bloss den Appetit anregen, um mehr auszugeben.»

Claude Brodard (CSP, Villars-le-Gibloux) meinte, ein striktes System sei nicht übertrieben: «Es macht Sinn und entspricht der künftigen Investitionspolitik des Kantons.» Auch Claude Brodard (FDP, Le Mouret) teilte die Meinung, dass man Schulden vermeiden und die Investitionspolitik fördern soll. Er fragte sich aber auch, ob eine Amortisationsdauer von 20 Jahren für die Poya-Brücke nicht zu kurz ist.

Würde Freiburg weniger forschen abschreiben, so führe dies zur Illusion, dass die Finanzlage weniger angespannt sei, meinte Patrice Morand (CVP, Bulle): «Es würde die Last auf kommende Generationen übertragen.»

Pierre Mauron (SP, Bulle) warb für ein flexibleres System. «Alles zu ändern ist egoistisch, nichts zu ändern ist masochistisch», sagte er. Der Staat habe jährlich rund 120 Millionen Franken zu amortisieren, und

daraus könnte man die Staatsrechnung um fünf bis 30 Millionen Franken entlasten. Auch dürfte der Selbstfinanzierungsgrad in wirtschaftlich schlechten Zeiten tiefer sein. «Das ist besser als Sparmassnahmen beim Personal.»

Georges Godel entgegnete Mauron, er sei weder Egoist, noch Masochist, sondern Realist. Godel sagte, dass Freiburg nicht mit einer wirtschaftlichen Krise, sondern mit einem Strukturproblem konfrontiert

Defibrillatoren: Freiburg will aufrüsten

Zwei Vorstösse im Grossen Rat befassten sich mit einer besseren Abdeckung an Defibrillatoren im Kanton Freiburg. Die Grossräte Eric Collomb (CVP, Lully) und Marc-Antoine Gamba (CVP, Freiburg) hatten in einer Motion gefordert, dass der Kanton eine zentrale Verwaltung von Defibrillatoren einführe. Staatsrätin Anne-Claude Demierre (SP) verpflichtete sich im Namen des Staatsrats, dass dieser eine Verordnung zur Meldepflicht dieser Geräte erlasse. Darauf zogen Collomb und Gamba ihre Motion zurück. Der Rat nahm dann ohne Gegenstimme ein Postulat an, gemäss dem der Staatsrat einen Bericht über die Verwendung von Defibrillatoren verfassen muss. Darin sollen Wege zu einer besseren Überlebenschance nach einer Herz-Lungen-Wiederbelebung aufgezeigt werden. Auch soll die Ausbildung von Freiburger Schülern an Schockgebern analysiert werden. *uh*

sei. Und daran richte sich die Finanzpolitik des Kantons.

Handlungsbedarf besteht aber möglicherweise bei den Gemeinden, diese kennen anders als der Staat eine lineare Amortisation: Jedes Jahr wird der gleiche Betrag abgeschrieben. Postulant Markus Bapst erkannte, dass für die Gemeinden andere Regeln gelten als für den Kanton. Er kündigte deshalb an, dass er gedenke, einen Vorstoss einzureichen, um diese Ungleichheit zu beheben.

Wer soll sich um die Betrunknen kümmern?

Der Grosse Rat beauftragt die Regierung, einen Bericht über die Schaffung von Ausnüchterungszellen zu erstellen. Diese lässt aber offen, ob Zellen die geeignete Lösung sind.

FREIBURG 1240 Mal hat das Freiburger Spital vorletztes Jahr Personen mit einer Alkoholvergiftung behandeln müssen. Das Problem ist erkannt, die Lösung dafür existiert aber zumindest im Kanton Freiburg noch nicht. Dieser Ansicht ist Grossrat Stéphane Peiry (SVP, Freiburg), der mit einem Postulat erreicht hat, dass sich der Staatsrat des Problems annimmt. Mit 94 gegen null Stimmen hat der Grosse Rat gestern ein Postulat Peirys für erheblich erklärt.

«Die Spitäler sind nicht für solche Personen unter Alkohol- oder Drogeneinfluss eingerichtet», sagte Peiry. Aufgrund der verbalen und physischen Gewalt, welche die Exzesse häufig begleiten, dürfe man das Spitalpersonal nicht alleine lassen. Aber auch für die Polizei sei der Umgang mit diesen Personen mangels Infrastruktur nicht einfach. «In einer Ausnüchterungszelle würden sie adäquat aufge-

nommen», meinte Peiry. Der Grossrat äusserte die Ansicht, dass Personen unter Alkohol- und Drogeneinfluss die von ihnen verursachten Kosten selber tragen müssten.

Laurent Dietrich (CVP, Freiburg) zählte eine ganze Reihe von Modellen auf, die in anderen Kantonen zur Anwendung kommen. Zürich habe ein spezielles Gefängnis geschaffen, und die Betroffenen werden selber zur Kasse gebeten. Waadt habe ein System mit Ausnüchterungszellen und einer Abteilung beim Uni-Spital. Dort bezahlt die Allgemeinheit.

Alle Fraktionen stützten das Postulat. Simon Bischof (SP, Ursy) kritisierte aber die Ausnüchterungszellen. Er hat Bedenken, dass die Polizei den medizinischen Herausforderungen nicht gerecht würde: «Stellen Sie sich vor, eine Person stirbt in einer Ausnüchterungszelle!»

Staatsrat Erwin Jutetz will sich des Berichts annehmen, er konnte aber noch nicht aufzeigen, in welche Richtung eine Lösung gehen könnte: «Es ist ein reelles Problem, aber ich bin nicht sicher, ob Ausnüchterungszellen die Lösung sind.» Das Zürcher Modell sei ein Pilotprojekt, das man beobachten wolle. *uh*

Mehr Einblick in die Steuereidossiers gibt es nicht

Der Staatsrat muss nicht preisgeben, welche Firma von welchen Steuererleichterungen profitiert. Ein Bericht aus dem letzten Jahr habe genügend Antworten gegeben.

FREIBURG Vor ziemlich genau einem Jahr präsentierte der Freiburger Staatsrat einen Bericht unter dem Namen «Steuererleichterungen und sonstige Wirtschaftsfördermassnahmen». Gestern sagte Finanzdirektor Georges Godel vor dem Grossen Rat: «Mehr Transparenz als in diesem Bericht geht fast nicht.»

Gegenteiliger Ansicht sind die Grossräte Xavier Ganoz (SP, Freiburg) und Patrick Schneuwly (SP, Dürren). In einer Motion verlangten sie vom Staatsrat, dass dieser jährlich automatisch veröffentlicht, welche Steuererleichterungen und Vergünstigungen der Staat den Firmen im Kanton gewährt.

«Der Bericht vom letzten Jahr antwortet nicht auf unsere Forderung nach Transparenz», sagte Ganoz. «Er war lediglich eine Auslegung der geltenden Rechtsprechung.» Ganoz forderte für Freiburg eine Publikation ana-

log zu jener, die der Kanton Waadt herausgibt. «Transparenz ist nicht eine Frage der Notwendigkeit, sondern des Anstandes», so Ganoz. Er wolle bloss Informationen über einen Betrag von 60 Millionen Franken, wo doch im Kanton alle Seiten finanzielle Opfer bringen müssen. Ganoz präzisierte, dass keine Namen genannt werden müssten. Er wolle lediglich wissen, welcher Typ Firma welcher Herkunft welche Erleichterungen erhalte. «Ich will keine Hexenjagd; das Steuergeheimnis bleibt gewährleistet.»

Zwei Drittel lehnten ab

Godel aber sagte, dass der Bericht von 2013 all diese Fragen beantworte, bis hin zu einer Aufteilung auf Bezirksebene. «Wenn wir eine Firma mit Namen nennen, verletzt dies das Steuergeheimnis.»

Der Grosse Rat lehnte die Motion denn auch mit 69 zu 33 Stimmen ab. Sämtliche Sprecher der bürgerlichen Parteien sprachen sich gegen eine Annahme aus. Eric Collomb (CVP, Lully) sagte: «Welchen Nutzen hätten wir denn von seiner solchen Publikation? Keinen. Man könnte dann höchstens mit dem Finger auf Firmen zeigen.» *uh*

Fünffähriges Mädchen bei Unfall leicht verletzt

Aus Unachtsamkeit ist ein kleines Mädchen mit seinem Fahrrad in Murten in ein Auto geprallt.

MURTEN Am Montagnachmittag fuhr ein fünfjähriges Mädchen in Murten im Merlachfeld entlang der Quartierstrasse. Plötzlich bog es ab, ohne nach links zu schauen. Dabei prallte es in

die Front eines Autos, das in die gleiche Richtung fuhr.

Wie die Freiburger Kantonspolizei gestern in einer Medienmitteilung schrieb, stürzte das Kind durch den Aufprall zu Boden. Es stand aber sofort wieder auf und rannte nach Hause. Die Mutter brachte es anschliessend ins Spital. Dort wurden beim Mädchen leichte Verletzungen festgestellt. *mos*

Reklame

Pflanzzeit...

Blütenzauber
Sträucher
Bäume
Rosen



BRÜLHART

Baumschulen 3186 Dürren
Telefon 026 493 12 13 Mariahilf
www.bruehlhart-baumschulen.ch